

NACHRICHTEN

Unruhen in Nordafrika bremsen Fraport

Die erneuten Unruhen in Nordafrika und im Nahen Osten haben beim Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport im Juli für weniger Passagiere gesorgt. An Deutschlands größtem Flughafen wurden gut 5,7 Millionen Fluggäste gezählt und damit 0,7 Prozent weniger als im Rekordmonat ein Jahr zuvor, wie Fraport mitteilte. Auch die Auslastung der Flugzeuge ging zurück. Dank seiner Auslandsflughäfen in Antalya (Türkei), Lima (Peru) und Burgas (Bulgarien) kam Fraport konzentriert auf 11,95 Millionen Fluggäste, ein Zuwachs von 1,2 Prozent. dpa

Ungarn zahlt Kredit von IWF vorzeitig zurück

Ungarn hat am Montag die letzten Schulden des Landes beim Internationalen Währungsfonds (IWF) vorzeitig beglichen. Die Staatskasse habe den noch ausstehenden Betrag von 2,15 Milliarden Euro an den IWF überwiesen, teilte das Wirtschaftsministerium in Budapest mit. Die Summe, die erst im März 2014 fällig geworden wäre, sei durch Gelder aus einem nicht mehr vollständig abgerufenen IWF-Kredit sowie durch neue Staatsanleihen aufgebracht worden, hieß es weiter. dpa

Gemüse und Obst aus der Region bevorzugt

Deutsche Verbraucher achten beim Einkauf stark auf Obst und Gemüse der Saison. Nur sieben Prozent sind nicht bereit, in manchen Monaten auf bestimmte frische Waren zu verzichten. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov. Für 87 Prozent der Befragten, ist das dagegen kein Problem. Die überwiegende Mehrheit entscheidet sich dann auch beim Kauf bevorzugt für Lebensmittel aus der Region. dpa

Griechenland meldet Haushaltsüberschuss

Griechenland hat in den ersten sieben Monaten des Jahres nach Angaben des Finanzministeriums in Athen mehr eingenommen als ausgegeben, wobei allerdings der Zinsendienst nicht berücksichtigt ist. Das Land habe einen Überschuss von 2,6 Milliarden Euro erwirtschaftet, teilte der stellvertretende Finanzminister Christos Staikouras in Athen mit. Ursprünglich war mit einem Primärdefizit von 3,1 Milliarden Euro gerechnet worden. dpa

Schlecker-Nachfolger Dayli macht dicht

Der Schlecker-Nachfolger Dayli muss in Österreich schließen. Bis zum Fristende am Montag hatte sich kein Investor für das insolvente Unternehmen gefunden, teilte der Insolvenzverwalter mit. Damit werden auch die übrigen rund 2200 Mitarbeiter arbeitslos, 1261 hatten bereits ihren Job verloren. Mit dem Konzept eines modernen Tante-Emma-Ladens sollen nach Plänen des Ex-Dayli-Chefs Rudolf Haberleitner ursprünglich auch Hunderte frühere Schlecker-Filialen in Deutschland wiederbelebt werden. dpa

Menschenrechtler sollen schweigen

Konflikt um ugandische Kaffeeplantage: Wie Entwicklungsminister Dirk Niebel eine Kampagne

Von Tobias Schwab

Sie zündeten mein Haus an, schlachteten meine Hühner und schlugen auf uns ein“, erinnert sich Bäuerin Deziranta an den 18. August 2001, als die ugandische Armee in Mubende anrückte und rund 4000 Menschen von ihren Parzellen vertrieb – um Platz zu schaffen für die erste Groß-Kaffeeplantage Ugandas. Nur wenige Tage darauf eröffnete Ugandas Präsident Yoweri Museveni mit dem Geschäftsführer der Hamburger „Neumann Kaffee Gruppe“, Michael R. Neumann, auf dem geräumten Areal die 2500 Hektar große „Kaweri Coffee Plantation“. Wie die 55-jährige Deziranta haben die meisten der Kleinbauern infolge der Vertreibung ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Seither kämpfen sie – unterstützt unter anderem von der Menschenrechtsorganisation Fian – um die Anerkennung ihrer Landrechte und um eine Entschädigung. Im August 2002 verklagten sie deshalb die ugandische Regierung und die Neumann-Tochter Kaweri vor dem High Court in Uganda.

Der High Court von Kampala sprach den Kleinbauern eine Entschädigung zu

In den Konflikt hat sich nun auch überraschend der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) eingeschaltet. In einem Brief, der der Frankfurter Rundschau vorliegt, fordert Niebel die Fian (Food First Informations- und Aktions-Netzwerk) auf, ihre Öffentlichkeitsarbeit im „Fall Kaweri“ einzustellen. Die „fortwährende Kampagne“, die Fian gegen die „angesehene Neumann Kaffee Gruppe“ führe, sei „unangemessen und unberechtigt“, heißt es im ministeriellen Schreiben an Fian-Geschäftsführerin Ute Hausmann. Kaweri sei „die größte deutsche Investition in Uganda und hat das Wohlwollen der Bundesregierung“, betont Niebel.

Fassunglos reagiert die Fian-Chefin Ute Hausmann auf die Aufforderung des Entwicklungsministers, „unsere menschenrechtliche Arbeit zum Fall der Vertreibung von 4000 Menschen in Uganda“ einzustellen, von der die Hamburger Neumann Kaffee Gruppe profitiert habe. Die Einseitigkeit der Darstellung lege den Schluss nahe, dass es sich um den Versuch handle, „einseitig wirtschaftliche Interessen durchzusetzen“, erklärte Hausmann.

Anlass für die Intervention Niebels war offensichtlich ein Uganda-Besuch im Juni, bei dem er „von verschiedenen Seiten vor Kenntnis von dem Fall Kaweri erhalten“ habe, wie im Brief des Ministers zu lesen ist. Daraufhin habe er den „Sachverhalt“ einer „vertieften Prüfung“ unterzogen.

Wie auf Nachfrage der FR im Ministerium zu erfahren war, basiert die Meinungsbildung Niebels allerdings auf einseitiger Information. So gab es in Uganda weder eine Begegnung mit den vertriebenen Kleinbauern, die sich in der Gruppe „Wake Up and Fight for Your Rights“ organisiert



Hab und Gut verloren: Die ugandische Kaffeebäuerin Deziranta und ihre Söhne warten noch immer auf

KONFLIKT UM KAFFEE

Fian (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk) setzt sich dafür ein, dass Menschen frei von Hunger leben und sich ausreichend ernähren können. Die Nichtregierungsorganisation unterstützt die vertriebenen Kleinbauern von Mubende in ihrem Kampf um eine Entschädigung.

Die Neumann Kaffee Gruppe (NKG) mit Sitz in Hamburg ist einer der weltweit führenden Rohkaffee-Konzerne mit insgesamt 47 Unternehmen in 28 Ländern. Der Marktanteil des Konzerns an der globalen Kaffee-Nachfrage liegt nach eigenen Angaben bei zehn Prozent.

sprach der High Court den Farmern Schadenersatz zu und verurteilte Kaweri und die Anwälte des Unternehmens zur Zahlung von umgerechnet rund elf Millionen Euro an die Kleinbauern. Die Farmer, so das Urteil, dürften ihre Besitzansprüche auf das heutige Plantagenland sowohl in das Grundbuch als auch in den Pachtvertrag von Kaweri eintragen las-

sen. Die Neumann-Tochter ging gegen diesen Entscheid im Frühjahr umgehend in Berufung. Das Verfahren ist noch anhängig.

Von der FR auf das Urteil zugunsten der Kleinbauern angesprochen, teilte Niebel-Sprecher Lesch knapp mit, das Ministerium kommentiere laufende Gerichtsverfahren nicht. Peter Kayiira, Sprecher der Kleinbauern, erregt

von Fian beenden will

eine Entschädigung.

TOBIAS SCHWAB

„Frei von Ansprüchen Dritter“

Kritik an deutscher OECD-Beschwerdestelle

Der Fall der vertriebenen Kaffeebauer von Mubende hat auch das Bundeswirtschaftsministerium schon beschäftigt. Mehrfach ersuchten die Kleinbauern zunächst die Hamburger Neumann Kaffee Gruppe und das deutsche Außenministerium, einen Runden Tisch zu organisieren, um eine außergerichtliche Einigung im Streit um Entschädigung zu verhandeln. Als das ohne Erfolg blieb, reichten die Vertriebenen Mitte 2009 mit Hilfe von Fian bei der im Wirtschaftsministerium angesiedelten Nationalen Kontaktstelle (NKS) Beschwerde gegen Neumann ein.

Der Vorwurf: Neumann habe in Uganda die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen verletzt. Die Vertriebenen forderten die NKS auf, einen Dialog der Kaffeebauer mit Neumann und der ugandischen Regierung anzustoßen und zu begleiten.

Die NKS ließ sich eineinhalb Jahre Zeit, bis es zu einem ersten und letzten Gespräch zwischen Vertretern des Wirtschaftsministeriums, von Neumann und Peter Kayiira, Sprecher der Kleinbauern, kam. Anschließend stellte die NKS im März 2011 das Verfahren ein.

Begründung: Die Untersuchung habe keinen Hinweis ergeben, „dass Neumann nicht gutgläubig davon ausgehen konnte, von der ugandischen Investitionsbehörde das Land für die Kaffeeplantage frei von Ansprüchen Dritter erworben zu haben“, hieß es im NKS-Abschlussbericht.

Dass Kaweri-Manager laut Fian vom Räumungsbefehl wusste, dass Behördenvertreter in ihrem Beisein den Dorfbewohnern Gewalt androhten, dass einige Kleinbauern sogar Landtitel für ihre Parzellen vorweisen konnten – all das spielte für die NKS offensichtlich keine Rolle.

Der Entscheid im Fall Kaweri ließ erneut Kritik am deutschen Beschwerde-Verfahren bei mutmaßlichen Verstößen gegen die OECD-Leitlinien laut werden. Alle OECD-Mitgliedsländer müssen Kontaktstellen unterhalten, die Beschwerden bearbeiten. Dass die Bundesregierung die NKS im Referat Außenwirtschaftsförderung angesiedelt hat, halten Nichtregierungsorganisationen für absurd. Es widerspreche klar den Maastrichter Prinzipien, wonach Menschenrechtsverletzungen von unabhängigen Instanzen geprüft werden sollen.

Die menschenrechtliche Kompetenz schein im Referat Außenwirtschaft jedenfalls „nicht im Vordergrund“ zu stehen, sagt Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Nicht umsonst hat der UN-Menschenrechtsausschuss die Bundesregierung 2012 aufgefordert, den Rechtsschutz für Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch deutsche Konzerne im Ausland zu stärken. tzs

Absurde Geschenke

Vom Problem, Subventionen abzubauen

Von Markus Sievers

Bei kaum einem wirtschaftspolitischen Thema lässt sich so schnell Einigkeit erzielen wie beim Subventionsabbau. Den wollen alle. Jedenfalls im Prinzip, also soweit es nicht den eigenen Vorgarten trifft. Steuervergünstigungen und direkte Hilfen verzerren das Marktgeschehen, konservieren überkommene Strukturen und gehen zulasten der Allgemeinheit. Die muss die Rechnung für die Geschenke an Einzelne übernehmen.

So gesehen kann die schwarzgelbe Koalition mit sich nicht zufrieden sein. Im kommenden Jahr wird der Bund 21,8 Milliarden Euro für Subventionen aufwenden. Das ist exakt so viel wie 2011, wie aus dem neuen Subventionsbericht hervorgeht, den das Kabinett am Mittwoch beraten wird. Anders als die große Koalition, die mit der Abschaffung der Eigenheimzulage die öffentlichen Haushalte entlastete, ist das Bündnis aus Union und FDP also beim Subventionsabbau nicht vorangekommen.

Doch fällt die Bilanz bei genauerer Betrachtung weniger mäßig aus als sie zunächst erscheint. Ähnlich wie bei den Steuereinnahmen liefern auch bei den Subventionen die absoluten Zahlen ein schiefes Bild, weil allein die Preissteigerung für ein Wachstum sorgt. Für die Frage, wie sehr Subventionen das wirtschaftliche Geschehen belasten, kommt es vor allem darauf an, welchen Anteil von der Wirtschaftsleistung sie beanspruchen. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt aber verlieren sie an Bedeutung – mit einem Rückgang der Quote von 1,0 Prozent in 2010 auf 0,8 Prozent in 2014. Das ist einer der niedrigsten Werte der vergangenen Jahrzehnte. Und: Es sind gewaltige politische Aufgaben hinzugekommen, die ohne staatliche Unterstützung nicht zu bewältigen sind. Vor allem die Energiewende treibt die Subventionen nach oben, etwa die Förderung der

Gebäudesanierung und der erneuerbaren Energieträger.

Allein an diesem Beispiel zeigt sich, wie schwer das grundsätzliche Bekenntnis zum Subventionsabbau in der Praxis umzusetzen ist. Sicherlich ließe sich die Förderung der sauberen Energien besser und billiger organisieren. Doch so oder so wird sie Milliarden erfordern.

Die teuerste Finanzhilfe des Bundes ist noch immer der Zuschuss für die Steinkohle-Verstromung. Hier sind die Weichen für ein mittelfristiges Auslaufen aber gestellt. Dahinter folgen die Unterstützung der KfW-Programme für die Gebäudesanierung und vieler Einzelprojekte für die Nutzung erneuerbarer Energien. Bei den Steuervergünstigungen stehen Ermäßigungen bei der Umsatzsteuer ganz vorn, von denen unter anderem Theater, Museen und Schwimmbäder profitieren. Auf Platz zwei rangiert die Begünstigung von Schichtzuschlägen für alle, die am Sonntag, an Feiertagen oder in der Nacht arbeiten. Auch die Riester-Rente verschlingt viel öffentliches Geld.

Selbstverständlich gibt es jeder Menge unsinniger Vergünstigungen. Allein die Ausnahmen bei der Umsatzsteuer sind so absurd, dass viele sofort abgeschafft gehören. Dennoch dürfte auch die nächste Regierung erfahren, dass beim Subventionsabbau der Teufel im Detail steckt.



Dämmung: Die Energiewende treibt die Subventionen. dpa

Brasilien prescht vor

Handelsabkommen mit EU im Alleingang

Brasilien, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, strebt auf eigene Faust ein Handelsabkommen mit der EU an. Nachdem gemeinsame Versuche an der Seite Argentiniens, Venezuelas und Uruguays als Teil des südamerikanischen Handelsbündnisses Mercosur jahrelang nicht zum Ziel führten, will Brasilien nun einen Alleingang starten. Das sagte der brasilianische Außenminister Antonio Patriota der „Financial Times“.

Noch in diesem Monat soll ein entsprechender Vorschlag präsentiert werden. Brasilien steht unter Zeitdruck: Wegen des wirtschaftlichen Aufstiegs wird das Land von der Welthandelsorganisation ab nächstem Jahr als Volkswirtschaft mit mittlerem bis hohem Einkommen eingestuft und würde deshalb Vorteile im

Handel mit der EU einbüßen. Laut „Financial Times“ würde ein Abkommen zwischen Brasilien und der EU ein Handelsvolumen von 80 Milliarden US-Dollar (60 Milliarden Euro) abdecken. Laut Zahlen der EU-Kommission entfallen 37 Prozent des Handels der EU mit Lateinamerika allein auf Brasilien.

Brasilien's Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren nicht mehr so stark gewachsen wie zuvor – 2012 lag das Bruttoinlandsprodukt des Landes bei 0,9 Prozent. Der frühere Zentralbankchef des Landes, Arminio Fraga, sagte, es sei zwar gut, mit den Nachbarn zu verhandeln, aber noch viel wichtiger sei es, auch in die Welt zu schauen. „Dort werden große Abkommen unterzeichnet, und Brasilien läuft Gefahr außen vor zu bleiben.“ dpa/ff